

Was bringt die SED den Rentnern?

Eine Rentenerhöhung – und was sich dazu sagen ließe

Mit erheblichem Propaganda-Aufwand hat die SED in der vergangenen Woche die seit anderthalb Jahren versprochene Erhöhung der Altrenten bekanntgegeben. Nach langwierigen Beratungen wurde der bisherige Rentensatz von DM 75,— auf DM 105,— heraufgesetzt. Viele Rentner sind damit erstmals in der Lage, ihren Bedarf an Lebensmitteln über das Karten-Niveau hinaus zu decken. Gleichzeitig werden jedoch Maßnahmen vorbereitet, die diesen Erfolg der Rentner zu nichte machen müssen. Auch Grotewohl hat darauf hingewiesen: Es geht um die für 1957 angekündigte Aufhebung der Rationalisierung, um die Schließung der Preisschere zwischen Konsum und HO. Entgegen allen Beschwichtigungsversuchen der SED seien hier einmal die Tatsachen genannt.

Sowjetzonalen Ökonomen haben die bei Aufhebung der Lebensmittelkarten fällige Preiserhöhung für bisher rationierte Waren auf 25 bis 35 Prozent geschätzt. Dabei sollen nicht nur Lebensmittel, sondern auch bisher vom Staat subventionierte Waren wie Holz und Kohlen, bestimmte Textilien und eventuell die Gebühren für Gas- und Lichtverbrauch teurer werden.

Mit der jetzt verkündeten Rentenerhöhung wurde den bevorstehenden Dingen zwar die unsozialste Spitze abgebogen, zugleich aber vermied es die SED, den Rentnern die volle Wahrheit zu sagen. Statt dessen erklärte Grotewohl, es sei an eine „gewisse Ausgleichszahlung“ für diesen Fall gedacht. Wie aber sieht es damit aus?

Ein „Ausgleich“?

Die „Rentenkommission“ des SED-Zentralkomitees hat einen von der Presse nicht veröffentlichten Vorschlag ausgearbeitet, wonach bei Verkündung der Preiserhöhungen ein Zuschuß gewährt werden kann. Dieser Zuschuß deckt die Preiserhöhungen für Lebensmittel in jenem Umfang, wie sie bisher auf die Grundkarte bezogen werden. Liegt die vom Staat bezogene Rente über dem Mindestsatz, wird ein Zuschuß in der Regel nicht gewährt. Rechnet man nun die übrigen zu erwartenden Preiserhöhungen hinzu,

profitieren die Rentner von der gegenwärtigen Erhöhung tatsächlich nur bis zu jenem Zeitpunkt, an dem die Lebensmittelkarte fällt und die Preise steigen.

Dieser SED-Entwurf unterliegt auch in den eigenen Reihen einer harten Kritik. Aber die Mitglieder der ZK-„Rentenkommission“ haben ihn für unumgänglich erklärt. Grotewohl sagte vor der Volkskammer in Kenntnis dieser Dinge, an weitere Rentenerhöhungen sei für absehbare Zeit nicht zu denken. Zweierlei Rentner?

Eine weitere Überlegung gilt dem in Vorbereitung befindlichen Pensionsgesetz. Hiermit beabsichtigt die SED einen Unterschied zu machen zwischen jenen Rentnern, die ihre Sozialversicherungsbeiträge „unter dem System des Kapitalismus“ gezahlt haben, und zwischen den die Altersgrenze erreichenden Arbeitern der „volkseigenen“ Industrie. Eine solche Unterscheidung dürfte in der Geschichte der sozialen Entwicklung einmalig sein. Die SED schafft hier künstliche „Klassen“-Teilungen, die weder ökonomisch noch moralisch zu rechtfertigen sind.

Gleichzeitig weist sie die Altrentner darauf hin, daß sich deren Bezüge seit 1947 ja auf das „Dreieinhalbfache“ erhöht hätten! Tatsächlich betrug

die Rentensätze in der Sowjetzone 1947 ganze 30 DM, 1948 erst 60 DM, 65 DM im Jahre 1950 und 1953 schließlich 75 DM. Ist das aber ein Argument? Der Rentensatz von 30 Mark stemmte die Betroffenen zum Bettler. Er war gezwungen, alle möglichen Wohlfahrtseinrichtungen in Anspruch zu nehmen und „milde Spenden“ zu erbitten. Bis 1950 waren die sowjetzonalen Rentner nicht einmal imstande, die ihnen auf Karten zustehenden Lebensmittelrationen regelmäßig abzuholen. Die SED, die ihnen ein solches Schicksal bescherte, hätte in diesen Fälle besser geschwiegen.

Kein Interesse an den Alten

Wer die SED-Politik der letzten Jahre verfolgt und jene Summen kontrolliert, die beispielsweise für eine zweckgebundene „Jugendförderung“ ausgegeben wurden, weiß, daß das kommunistische System im tiefsten Grunde „altenfeindlich“ ist. Der Rentner ist für die SED ein unnützer Faktor der Volkswirtschaft, der im Plan nur auf der Ausgabenseite erscheint. Hat dieser Rentner noch dazu „für den Kapitalismus“ gearbeitet, ist das Interesse an ihm völlig erloschen. Sollen eben jene, die unter dem heutigen System ihr Geld verdienen, ihre alten Angehörigen selbst ernähren!

Anders ist es mit dem „Pensionsgesetz“. Hier muß den Aktivisten und Arbeitern der VEB's ein anreizendes Äquivalent geboten werden. Auf sie ist die SED angewiesen, auf das Heer der Altrentner nicht. Wer aber wollte von der SED verlangen, daß sie dies selbst zur neuen Rentenerhöhung sagte? Obwohl Grotewohl vielen alten Menschen damit eine kommende Enttäuschung ersparen würde...

J. B. Gradl:

Politik oder Gewalt?

Man weiß nicht recht, ob man sagen soll, erst oder schon einen Monat ist es her, daß die Kette dramatischer Ereignisse begann, die die Welt in höchster Spannung hält. Damals nämlich, um den 18. Oktober, fing es an mit dem Unabhängigkeitsbeschuß der polnischen KP und dem Blitzbesuch von Chruschtschow in Warschau. Gemessen an der Fülle des Geschehens ist dieser Monat eine winzige Zeit, gemessen an dem leidvollen Kampf des ungarischen Volkes sind es entsetzlich lange Wochen. Der Ausgang ist noch ungewiß, aber das steht bereits fest und die mahnende Ansprache Titos an die stalinistische Gruppe im Kreml hat es bestätigt, daß der Kampf der Ungarn nicht umsonst war. Das von den Sowjets seit 1945 entwickelte und gepflegte System der sowjet-ungarischen Ulbrichte — Rakosi, Gerö, Hegegyds — wird diesem Volk niemand mehr aufzuerlegen wagen. Davor wird man um so sicherer zurückschrecken, je entschiedener die öffentliche Meinung der Welt dem Geschehen in Ungarn ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Eine Boykottdrohung, wie sie der Freie internationale Gewerkschaftsbund ausgesprochen hat, ist — auch wenn die Verwirklichung hinausgeschoben wird — eine wirkungsvolle Demonstration, weil sie den Ernst sichtbar macht, der in den Protesten der nichtsovjetschen Welt gesehen werden muß.

Eine schlechte Bilanz

Die Männer im Kreml werden alles andere als Freude empfinden, wenn sie sich über das Geschehen klarzuwerden suchen, das sich unmittelbar vor ihren Augen abspielt. Die sowjetischen Militärverwaltungen und ihre politischen Nachfolger hatten über elf Jahre Zeit, beispielsweise in Ungarn, ungestört und mit aller erdenklichen Macht ausgestattet das kommunistische System zu entwickeln. Wir wissen, mit welcher Lücklosigkeit und Geschicklichkeit, mit welchem raffinierten

Gemisch von Druck und Lockerung die Kommunisten das zu machen pflegen. In Ungarn gab es überdies viele Rückstänkigkeiten, die auch den Nichtkommunisten im Lande einer entschiedenen Reform bedürftig erschienen. Kein westliches Schaufenster störte, wie Westberlin innerhalb der deutschen Sowjetzone. Und dann solches Ergebnis! Allgemeine Ablehnung und ein Haß sondereichen gegen die sowjetischen Importeure dieses Systems.

Wäre es nur in Ungarn so, dann könnte sich der Kreml vielleicht noch mit der Ausrede trösten, es handele sich um ein unglückliches Zusammentreffen von Umständen, um ein besonders geschicktes Spiel westlicher „Interventen“. Aber im Grunde zeigt sich dem Kreml in Polen nichts anderes als in Ungarn, nur nicht in dieser explosiven Übersteigerung. Das Wort Satellit paßt auf diese beiden Länder sicher nicht mehr. Wir werden überhaupt guttun, mit diesem Ausdruck zur Bezeichnung europäischer Randstaaten der Sowjetunion sparsamer umzugehen. Nichts spricht dafür, daß die innere Situation beispielsweise in Rumänien anders ist als in Ungarn und Polen. Länder aber, deren Bevölkerung so ablehnend, ja sogar feindselig ist, wie es sich in Polen und Ungarn gezeigt hat, haben im Ernstfall keinerlei militärischen Bündniswert. Das also ist die Bilanz, die der Kreml für seinen europäischen Herrschaftsbereich nunmehr aufstellen muß, und diese Bilanz ist schlecht, sehr schlecht.

Wer hat schuld?

Es ist menschlich, daß die Männer im Kreml gegenseitig nach Schuld suchen. Tito hat offen von den Meinungsverschiedenheiten im Führungskreis der Sowjetunion gesprochen und damit bestätigt, was seit geraumer Zeit angenommen wurde. Schon bei dem Londoner Besuch Malenkows im letzten Frühjahr glaubten seine englischen Gesprächspartner den Wunsch empfunden zu haben, der Westen möge Chruschtschow freundlich behandeln. Durchaus denkbar ist es, daß Stalinisten wie Molotow jetzt den Vorwurf erheben, nur durch die Milderung der Gewaltpoli-

tik Stalins sei das bis dahin solide Satellitengebäude erschüttert worden. Vielleicht ist auch Chruschtschow selber erschrocken über das Auftreten und die Kraft der neuen Geister. Daß schließlich die militärische Führung der Sowjetunion mit allen Politikern unzufrieden ist, versteht sich angesichts der tiefen Risse im Warschauer Militärpakt von selbst.

Aber es wäre ein Irrtum der Stalinisten und Militärs im Kreml und die typisch falsche Konsequenz primitiven Machtdenkens, würde Chruschtschow eine Schwächung der sowjetischen Position in Osteuropa vorgeworfen. Diese Position war bereits vorher schwach, durch Chruschtschow ist die Schwäche nur aufgedeckt worden. Es ist die natürliche Schwäche eines Systems, das Völkern gegen ihren Willen und von außen her mit Gewalt auferlegt ist. Umgekehrt kann man als sicher annehmen, daß die Position der Sowjetunion, so merkwürdig das klingt, sich bessert, wenn die Sowjets den bisherigen Satellitenländern den nationalen Weg freigeben. Die Sowjetunion würde damit von unnützem und sogar gefährlichem Ballast befreit, und sie könnte, wenn auch nicht gleich Freundschaft — dazu ist die schwere Vergangenheit zu nahe —, so doch gutmeinende und dem Frieden zugetane Nachbarn gewinnen. Mit einer solchen Besserung der sowjetischen Position könnte auch der Westen einverstanden sein, denn das wäre eine Festigung des Friedens und echter Koexistenz.

Es wäre unverantwortlich, wenn jetzt irgend jemand vom sicheren Hort des Westens aus unsere Menschen in der Sowjetzone aufreizen wollte, mit Gewalt gegen ihre Unterdrücker anzugehen. Wir haben in Deutschland genug Blut, Tränen und Trümmer gehabt, als daß wir eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den sowjetischen Besatzungsdivisionen in der Zone auch nur im stillen wünschen dürften. Und was den geistigen und politischen Widerstand angeht, so brauchen unsere Landsleute in der Sowjetzone dazu keine Ermunte-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Das sagte Tito

Stalinisten schuldig an Ungarn — Keine Konterrevolution

Belgrad (AP/DPA). Der jugoslawische Staatschef Tito hat in einer Rede scharfe Kritik an allen Stalinisten geübt, die noch immer in den kommunistischen Parteien und Regierungen sitzen. Seine Rede gipfelte in der Feststellung, daß sich in Moskau vorübergehend die Stalin-Anhänger durchgesetzt und damit indirekt den Ausbruch der Revolution in Ungarn, die zunächst keineswegs „konterrevolutionär“ gewesen sei, verschuldet haben.

Es gäbe aber Anzeichen dafür, daß jene Kräfte die Oberhand behalten, die auf eine entschiedener und schnellere Demokratisierung und Liberalisierung in den Satellitenstaaten und in der sowjetischen Außenpolitik drängen. Tito setzte sich für eine Unterstützung der gegenwärtigen ungarischen Regierung Kadar ein. Während die Rede Titos veröffentlicht wurde, forderten in Budapest die Arbeiter die Rückkehr des von den Sowjets abgesetzten Ministerpräsidenten Nagy.

„Ich bin zutiefst überzeugt“, sagte Tito wörtlich, „daß das Blutvergießen in Ungarn und diese furchtbaren Opfer des ungarischen Volkes eine positive Wirkung haben werden und daß sie den Genossen in der Sowjetunion und sogar jenen stalinistischen Elementen die Augen darüber öffnen werden, daß man so nicht weitermachen kann.“

Tito nannte es einen entscheidenden Fehler, daß die Sowjetunion unter dem Einfluß der konservativen Gruppe im Kreml in Ungarn nach dem Abgang des stalinistischen Parteisekretärs Rakosi noch dessen Nachfolger und Gesinnungsgenossen Gerö gehalten habe, der dann den „verhängnisvollen Mißgriff“ beging, gegen Demonstranten die sowjetische Armee einzusetzen. Diese „kleinen Stalinisten“, die ihre Machtpositionen und ihr System verewigen wollten, seien „die Wurzel“ allen Übels. Auch in anderen kommunistischen Ländern gebe es bestimmte führende Leute, die sagten, so etwas wie in Ungarn könne bei ihnen nicht passieren, weil sie eine starke Armee und auch sonst die Lage in der Hand hätten. Ironisch bemerkte Tito: „Genau das hat Gerö auch gesagt.“

Tito, der im Heim der jugoslawischen Armee in Pola vor einem Kreise auserwählter Kommunisten sprach, meinte,

es sei ein durch die westliche „Befreiungspropaganda“ bestärkter Fehler der an Stalinischen Standpunkten festhaltenen Kreml-Gruppe, die Ostblockländer nicht aus dem sowjetischen Machtbereich zu entlassen.

„Angesichts der Tatsache, daß die Einmischung in innere Angelegenheiten durch Rundfunkpropaganda und das Senden von Material mit Ballons ziemlich großen Umfang angenommen hat, meint die Sowjetunion, daß es unerfreuliche Konsequenzen haben könnte, wenn sie sich aus diesen Ländern ganz zurückzöge und ihnen den Status gewährte, dessen sich Jugoslawien erfreut. Sie fürchtet, es könnten in ihnen dann die Kräfte der Reaktion triumphieren... Ihr Mangel an Vertrauen auf die sozialistischen Kräfte dieser Länder ist falsch und ist die Wurzel aller weiteren Fehler.“

Zur nationalkommunistischen Entwicklung in Polen sagte Tito, die polnische und die jugoslawische KP müßten nun gemeinsam auf die Beseitigung der Reste des Stalinismus in den anderen Ostblockstaaten hinwirken. Hierbei sei es klar,

Deportationen auch in Rumänien

Alein in Bukarest 300 Studenten verhaftet

Wien (DPA). Die Sympathiegebungen der rumänischen Bevölkerung für Ungarn haben Massenverhaftungen und Deportationen in Rumänien ausgelöst. Nach Berichten, die in Wien eintrafen, wurden allein in Bukarest 300 Studenten verhaftet und in Güterwagen mit unbekanntem Ziel abtransportiert.

Um eine ähnliche Entwicklung wie in Ungarn zu verhindern, ordnete die rumänische Regierung in den besonders ge-

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

daß Polen ohne die russische Unterstützung die Oder-Neiße-Grenze nicht würde behaupten können.

Die Ereignisse in Ungarn nannte Tito einen „furchtbaren Schlag für den Sozialismus“. Hier hätten ungarische Arbeiter und „fortschrittliche Elemente“ gegen die sowjetische Armee gekämpft. „Von gegenrevolutionären Tendenzen konnte keine Rede sein.“ Es sei „ein schwerer Fehler, die Armee eines anderen Landes herbeizurufen, um dem eigenen Volk eine Lektion zu erteilen.“

fährdeten Provinzen eine Ausgangssperre für die Zeit von 18 Uhr bis 7 Uhr an. Die sowjetischen Garnisonen im Lande wurden verstärkt.

Moskau repatriiert 28 Deutsche

Moskau (DPA). Das sowjetische Außenministerium hat der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau mitgeteilt, daß 28 deutsche Staatsangehörige in den nächsten Tagen repatriiert werden.

Polnische Stalinisten abgesetzt

Gewerkschaften sollen unabhängig werden

Warschau (AP). Auf einer stürmischen Sitzung des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, an der außer den 120 Mitgliedern noch über 1000 Arbeiterdelegierte aus allen Teilen des Landes teilnahmen, ist die künftige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der KP gefordert worden. Gleichzeitig wurde unter allgemeinem Beifall der Rücktritt einer Reihe von Gewerkschaftsführern aus der Stalin-Ära bekanntgegeben.

Ein zur Reorganisation der Gewerkschaften eingesetzter Ausschuss berichtete, die Gewerkschaften seien von einem „bürokratischen Zentralismus“ beherrscht gewesen, hätten fälschlicherweise die Interessen der Gewerkschaften mit denen des Staates und der Partei gleichgesetzt und dadurch Beschlüsse gefaßt, die den Interessen der Arbeiter nicht gerecht werden. In Zukunft müßten die Gewerkschaften unabhängig sein, und die Partei dürfe die Maßnahmen der Gewerkschaften nicht beeinflussen.

Das polnische Kabinett hatte eine Entschließung angenommen, die den industriellen Staatsbetrieben größere Rechte zubilligt. In Zukunft dürfen diese Unternehmen eigene technische und finanzielle Arbeitspläne aufstellen, Aufträge von sozialisierten Unternehmen und Handwerksbetrieben für die Lieferung von nicht im Plan vorgesehenen Erzeugnissen annehmen und die Preise weitgehend selbst festsetzen.

Das polnische Landwirtschaftsministerium ordnete an, daß alle Bauern, denen der Hof weggenommen wurde, ihr Land sofort wiederbekommen. Schließ-

lich wurde die bisherige staatliche Kommission für wirtschaftliche Planung abgeschafft. Damit soll die wirtschaftliche Zentralisierung Polens beseitigt werden.

16 Diplomaten verließen den Saal

Beispielloser Vorfall auf Staatsempfang in Moskau

Moskau (AP/DPA). Ein in der internationalen Diplomatie fast beispielloser Vorgang hat sich auf einem Empfang der sowjetischen Regierung zu Ehren des polnischen Parteisekretärs Gomulka abgespielt. Der sowjetische Parteisekretär Chruschtschow griff in einer vom Blatt verlesenen Rede die Westmächte so scharf an, daß die westlichen Botschafter demonstrativ die Veranstaltung verließen. Der amerikanische Botschafter Bohlen sagte, er habe zwar in Moskau schon viel erlebt, dieser Vorgang sei jedoch für ihn einmalig.

Chruschtschow hatte im Stil der sowjetischen Zeitungssprache und der Bulganin-Briefe an Eden und Mollet in höchster Erregung von „Umtrieben faschistischer Banden in Europa mit dem Ziel der Wiedererrich-

Atombomben-Versuch in der UdSSR

London (AP). Die Sowjetunion hat nach einer Meldung von Radio Moskau vor kurzem einen neuen „Versuch mit nuklearen Waffen“ durchgeführt, der als „erfolgreich“ beschrieben wurde. Die Explosion, von der nicht gesagt wurde, ob es sich um einen Atom- oder Wasserstoffsprengkörper handelte, wurde „in großer Höhe“ ausgelöst.

tung der faschistischen Diktatur“ und von „räuberischen Angriffen Englands und Frankreichs auf Ägypten“ gesprochen. Seinen polnischen Gast erinnerte Chruschtschow an die „Umtriebe der westdeutschen Militaristen“, die die Sicherheit der Völker Polens und der Sowjetunion bedrohten. Man müsse mit allen Mitteln verhindern, daß Kräfte in Westdeutschland, die auf Rache sännen, einen „neuen blutigen Konflikt“ entfesselten.

Noch während Chruschtschow sprach, berieten sich die westlichen Diplomaten kurz, blieben aber zunächst aus Höflichkeit, bis Gomulka auf die Ansprache Chruschtschows geantwortet hatte. Gomulka nahm weder zur Ungarn- noch zur Nahostfrage Stellung und sagte lediglich, die Ergebnisse der gegenwärtigen polnisch-sowjetischen Besprechungen würden „günstig und für beide Teile zum Vorteil“ sein. Unmittelbar nach der Rede Gomulkas verließen die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Israels und nach ihnen die Diplomaten von 13 westlichen Staaten den Saal. Beobachter erklärten, sie könnten sich nicht erinnern, jemals etwas Ähnliches erlebt zu haben.

Heuss kommt nach Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Bundespräsident Professor Heuss wird vom 23. bis 27. November nach Berlin kommen, um hier seine Amtsgeschäfte zu führen. Am Wochenende wird Heuss die Internationale Buchausstellung am Funkturm besuchen.

DRK-Zug von Sowjets ausgewiesen

Personal als „Spione“ bezeichnet

Berlin (Eigenmeldung). Der Lazarettzug des Deutschen Roten Kreuzes, der in Wien eintraf, hat Budapest nicht freiwillig verlassen. Wie jetzt bekannt wird, haben die sowjetischen Behörden in Ungarn den unter Leitung des Internationalen Roten Kreuzes arbeitenden Hilfszug ausgewiesen. Diese Maßnahme erfolgte trotz der Proteste der ungarischen Regierung und des ungarischen Roten Kreuzes.

Die sowjetische Botschaft in Budapest hatte mehrere Angehörige des Hilfszuges als

Spione bezeichnet und sie aufgefordert, das Land zu verlassen. Ferner nahmen die Sowjets den ersten Leiter des Lazaretts, Franke, sowie seinen Fahrer fest. Erst kurz vor Abfahrt des Zuges wurden die beiden von den Sowjets freigelassen. Als Begründung für die Ausweisung führen die sowjetischen Behörden ferner den Funkverkehr an, den der Lazarettzug mit dem Internationalen Roten Kreuz und dem Deutschen Roten Kreuz unterhielt. (Siehe Bild auf Seite 8.)

So sind sie wirklich:

Flucht vor McCarty

Was für die Nazis in ihrer letzten Runde Hans Fritzsche gewesen ist, bedeutet Stefan Heym für die SED. Der Leitartikler der Ost-„Berliner Zeitung“ brilliert durch seine „Bürgerlichkeit“. Er vermittelt seinen Lesern die Sprachregelung des Zentralkomitees fast im Vorübergehen. Es fehlt der Holzhammer, zumindest ist er gut unwickelt.

Es mag seltsam klingen: Die SED verdankt ihren Mann dem umstrittenen McCarthy, dessen Suche nach „unamerikanischen Umtrieben“ drüben in den Staaten als besserer Witz gehandelt wurde. Heym fiel ihm zum Opfer. Statt diesem McCarthy, wie viele andere, die Stirn zu bieten, verließ er in panischer Aufbruchstimmung das Land, um in der Sowjetzone Schutz zu suchen. Nun macht er „psychologische Kriegführung“ — in Amerika gelernt, in Pankow auf die SED-Sprache redigiert...

Karriere in USA

Heym ist 43 Jahre alt, in Chemnitz geboren. Als 20jähriger Student floh er 1933 nach Prag, Widerstand war niemals sein Metier. Als sich die Wolken über der Tschechoslowakei zusammenballten, reiste er über Paris nach den USA. Antifaschistische Verbände vermittelten ihm das Studium am Chicago-College und machten ihn später zum Chefredakteur der Emigrantenzzeitung „Deutsches Volksheer“. 1943 wurde er Soldat der US-Army, unter Hans Habe diente er als Sergeant. 1944 ging er als „special-officer“ für psychologische Kriegführung nach Frankreich und arbeitete an US-Soldatensendern. Als Leutnant holte ihn die amerikanische „Neue Zeitung“ in ihre Münchener Redaktion.

Kann Lorbeer welken?

Als Heym aus dem Heeresdienst ausschied, ging er in die Staaten zurück. Seine dort verlegten Bücher brachten ihm Wohlstand und Erfolg. „The Crusaders“ (Kreuzfahrer von heute“) wurden ein Bestseller in USA. Aber Heym vergaß, daß auch der Lorbeer täglich neu erkämpft werden muß. Der

STEFAN HEYM

Krieg war aus, neue Talente stiegen empor, Heyms Ehrgeiz vermochte keine Wurzeln zu schlagen. Die Zeit des Antifaschismus wurde Erinnerung, ohne daß man sich täglich auf sie zu berufen vermochte.

Vielleicht war es eine Tragikomödie, daß ausgerechnet Stefan Heym eines der ersten Opfer McCarthys wurde. Freunde rieten ihm, den „Super-Amerikaner“ genausowenig ernst zu nehmen, wie dies andere Bürger der Staaten getan haben. Heyms Abgang war vollendete Komödie: Er verließ Amerika mit einem flammenden Protestruf gegen den „wiedererwachenden Faschismus“ auf den Lippen. Die Sowjetzone nahm ihn auf...

Dank an Stalin

Das war 1952. Die SED, deren Mitglied er wurde, schickte ihn in die Sowjetunion. In Moskau sah er Stalin und schrieb: „Für diesen Mann lohnt es sich zu leben!“ Am 20. Dezember 1953 — in Moskau ging man bereits vorsichtig auf einen neuen Kurs — widmete Stefan Heym

Nehru verurteilt Moskau

Neudelhi (AP/DPA). Der indische Ministerpräsident Nehru hat am Montag im Parlament in der bisher schärfsten Form die sowjetische Intervention in Ungarn verurteilt. Mit der Einschränkung, daß noch nicht alle Einzelheiten bekannt seien, stellte er fest, daß die ungarische Regierung ganz offensichtlich keine freie, sondern eine dem Volk gegen seinen Willen aufgezwungene Regierung sei.

Die Behauptung, daß die Sowjettruppen im Rahmen des Warschauer Paktes in Ungarn stünden, entkräftete Nehru mit der Bemerkung, es sei eine Tatsache, daß die Sowjettruppen gegen den Willen des ungarischen Volkes in Ungarn seien. Er zweifle nicht daran, sagte Nehru, daß das die Freiheit suchende ungarische Volk sein Ziel erreichen werde,

dem toten Diktator seinen wohl schönsten Leitartikel: „Stalin vermochte alles so klar und einfach auszusprechen, daß man sich an den Kopf schlägt und fragt: ‚Wieso habe ich das selber nicht schon längst erkannt?‘ Aber der Witz ist, daß man es eben nicht selber erkannt hat, sondern daß Stalin es erst für einen aussprechen mußte. Weil er aber die neuen Tatsachen dem gesunden Menschenverstand entsprechend verarbeitete, ist er so unwiderleglich...“

Er hat noch ein paar Male „schief gelegen“, die Partei, von der er dieses schließlich lernte, hat ihm immer vergeben. Er entwickelte die Fähigkeit, liebenswürdige Torheiten und törichte Argumente zu formulieren, ohne sich jemals festzulegen. Er bestach mit Worten, wo der Leser Hintergründe wissen wollte. Auch Bücher schrieb er, wie in den USA. Aber selten wurde deutlicher, daß man auch mit amerikanischer Schule unter dem Kommunismus nichts Literarisches fabrizieren kann. Heyms Neuschöpfung fehlt der beseelende Atem, den keine Zensur duldet und der selbst keine Zensur verträgt. Er selbst klagte gelegentlich im Ostberliner Künstlercafé „Möwe“: „Ich glaube, man verlernt hier doch das ‚Gewisse‘, aus dem der Dichter die Romane macht...“

Kein Weg zurück

Heym ist kein Märtyrer. Er liebt die große Geste, sofern sie sich rentiert. Vielleicht hätte er längst den Weg zurückgefunden, fürchtete er nicht, daß dies zugleich ein Weg in die Vergessenheit werden könnte.

Weil er sich in Amerika nicht mit dem Ruhm des guten Durchschnitts begnügen konnte, weil er nicht begreifen wollte, daß jeder Krieg einmal zu Ende ist, ging er zu denen, die ihn feiern wollten. Nun muß er ihnen dienen, auch wenn mitunter der Intellekt dagegen revoltiert. Sehen wir ihn einmal von dieser Seite und — nehmen wir das, was er für die SED formulieren muß, nicht allzu wörtlich... 2

Die Zone zahlt Moskaus Zeche

SED-Planer: „Wir stehen fast vor der Wirtschafts-anarchie“

Mit ehrlichem Entsetzen registrierten die Planfunktionäre der Zonenregierung in den letzten Tagen die alarmierenden Wirtschaftsinformationen aus Warschau und Budapest. Danach ist es sicher, daß die Zonenindustrie und damit die Bevölkerung einen großen Teil jener Zeche zahlen wird, die Moskau in Polen und Ungarn hinterlassen hat. Um das zu verstehen, ist es notwendig, die nunmehr bekanntgewordenen Auswirkungen der Ereignisse in diesen Ländern auf die gegenseitigen Handelsabkommen und auf die Stellung der Zonen-Volkswirtschaft im Rahmen des Ostblock-Paktes zu beleuchten.

Seit 1950 ist die Sowjetzone als Partnerstaat des Moskauer „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ verpflichtet, den Aufbau ihrer Industrie und ihre laufenden Volkswirtschaftspläne mit denen der kommunistischen Nachbarstaaten zu koordinieren. Im Vertrauen auf die damals von Moskau befohlene Produktionsaufteilung konnte Ulbricht seinen „Aufbau des Sozialismus“ proklamieren. Der leichtindustrielle Agrarstaat „DDR“ wurde entgegen allen Vernunftargumenten zu einer schwerindustriellen Basis des Ostblocks gemacht.

Polen springt ab

Mit Beginn des neuen Fünfjahresplanes war die SED 1956 wie nie zuvor auf strengste Koordinierung ihrer Wirtschaft mit jener Polens angewiesen. Inzwischen ist Polen bekanntlich abgesprungen und hat einen eigenen, völlig anders gearbeteten 5-Jahrplan aufgestellt. Als erste Maßnahme gab Warschau am 7. Oktober die Kürzung der polnischen Kohlenexporte um 3,8 Millionen Tonnen jährlich bekannt. Die Folgen dieses Exportstopps brachten die Zonenindustrie in den letzten Wochen an den Rand eines Produktions-Chaos. Dann erklärte der polnische Außenhandelsminister Dabuowski, Polen sei nicht in der Lage, die noch im Sommer dieses Jahres bestätigten Handelsabkommen mit der Sowjetzone aufrechtzuerhalten. Dabuowski verzichtete auf einen bestimmten Prozentsatz sowjetzonaler Maschinen-Lieferungen und forderte dafür Konsumgüter, mit der Begründung, der geänderte polnische Plan benötige diese Maschinen nicht.

Zum gleichen Zeitpunkt aber verkündete Warschau die Auf-

nahme der Produktion bestimmter Werkzeugmaschinen, für deren Fertigung laut Moskauer Abkommen bisher die Sowjetzone ein Monopol besaß. Und die Polen ließen keinen Zweifel daran, daß sie mit diesen Maschinen auf dem Weltmarkt in Konkurrenz treten werden. Belgische Zwischenhändler berichteten inzwischen von beachtenswerten Angeboten der Polen, die weitaus günstiger seien als jene der Zonenindustrie.

„Ihr seid zu teuer . . .“

Als nächstes kündigten die Polen an, daß sie ihre Eigenproduktion an Stickstoffdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln so weit zu erhöhen gedächten, bis sie auf die sowjetzonalen Importe nicht mehr angewiesen sind. Der neue Plan Warschau weist zwei dementsprechende Großprojekte aus. Mit Stickstoffdünger aber bezahlte Pankow seit Jahren einen wesentlichen Teil der polnischen Steinkohlen-Importe. Jetzt verlangt der östliche Nachbar plötzlich Konsumgüter dafür: „Euer Stickstoff ist uns schon lange zu teuer gewesen!“

Bisher hat diese völlige Negierung aller einst im „Moskauer Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ gefaßten Beschlüsse durch Polen dazu geführt, daß die SED nicht in der Lage ist, ihren Plan für 1957 endgültig festzulegen. Ähnlich ist es mit den Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn. Hier sind es weniger die seit Wochen ausbleibenden Lebensmittel-Lieferungen (obwohl auch diese gerade vor Weihnachten fehlen), als vielmehr die dringlichst aus Ungarn benötigten Bauxit- und Rohaluminium-Importe. Seit die Zonenregierung im Hinblick auf

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

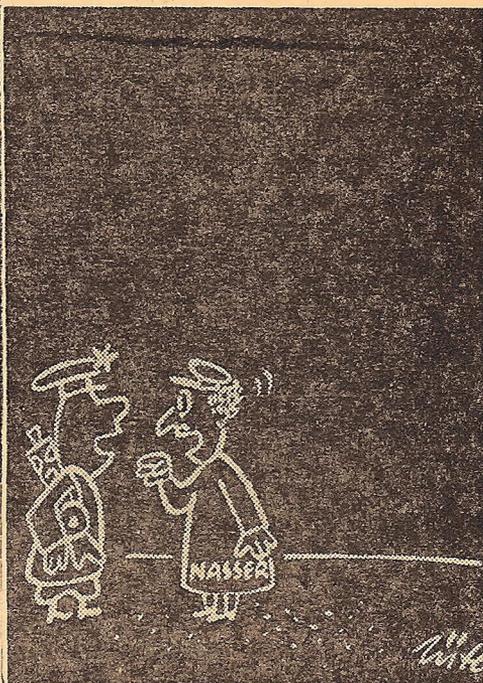
ermunternde Gesten des Moskauer Rates mehr als 70 Millionen Ostmark in den Aufbau einer neuen Flugzeugindustrie investierte, ist sie von den ungarischen Lieferungen völlig abhängig geworden. Der gesamte ostzonale Flugzeugbau, einer der wichtigsten Exportfaktoren des laufenden Plans, steht und fällt mit dem ungarischen Import-Programm!

Kann Moskau helfen?

Die Sowjets haben bisher wenig Anstalten gemacht, Ulbricht unter die Arme zu greifen. Erstens sind sie genügend anderweitig beschäftigt und zweitens müssen sie die Dinge erst bei der nächsten Vollsitzung des Rates erörtern. Da diese erst für den kommenden Februar zu erwarten ist, haben Ulbricht und seine Planer ein wenig Zeit, den Nutzen ihres forschen „Sozialisierungs“-Programms zu überdenken. Und es mag der Tag kommen, wo ihnen sogar ein freies Ungarn, mit dem sich Handel treiben ließe, lieber wäre als ein sowjetisiertes Ungarn, in dem die streikenden Arbeiter auf Ulbrichts Plansorgen pfeifen . . .



„Später, wenn wir mal als Touristen kommen.“



Ägyptische Finsternis

Politik oder Gewalt?

(Fortsetzung von Seite 2)

rung von draußen, denn diesen Widerstand leisten sie Tag für Tag. Nur zwischen Staunen und Bewunderung kann man schwanken, wenn man erfährt, wie in den letzten Wochen überall in der Zone die Verbundenheit mit dem ungarischen Freiheitskampf sichtbar und spürbar bezeugt worden ist, in Betriebsdiskussionen, in Schulen, in Universitäten, sogar in SED-Aussprachen.

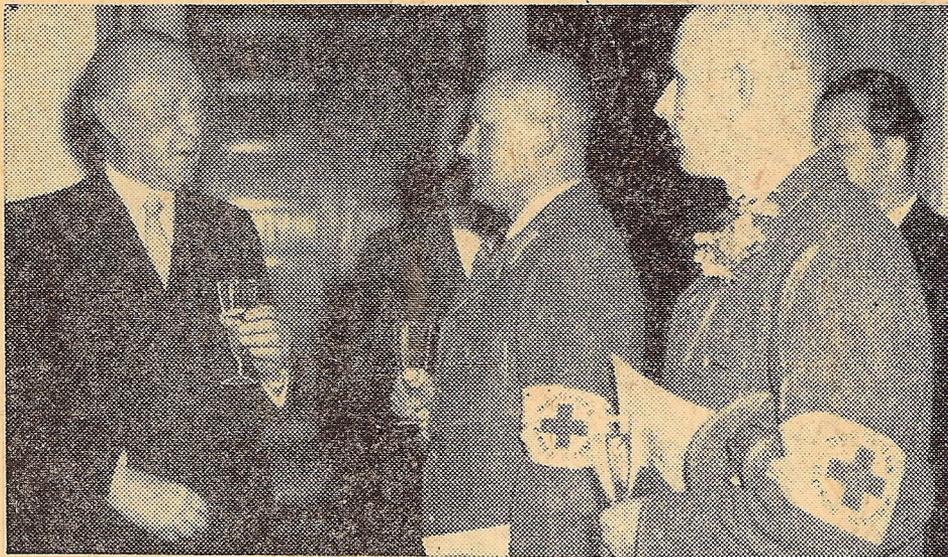
Der Weg zur Wiedervereinigung darf nicht über Waffen, er muß über die Politik führen. Das ist deutscher Wille. Aber die jüngsten Ereignisse und der Ernst und die Dringlichkeit der deutschen Frage gebieten doch auch die warnende Feststellung, daß vernünftiger Wille nicht allein genügt, um vor Gewalt zu bewahren. Geduld und Leidskraft eines Volkes sind

nicht unerschöpflich. Die Geschichte bietet Beispiele genug, auch die Geschichte dieser Jahre und Wochen, daß politische Explosionen um so heftiger und gefährlicher werden, je länger das Aufbegehren eines Volkes verhindert wird. Von daher kommt die Gefahr, daß zur Gewalt gegriffen wird. Von deutscher Seite ist immer wieder gesagt worden, daß die deutsche Teilung eine Gefahr für den Frieden ist. Vielleicht hat man in der Welt hier und da geglaubt, das überhören zu können. An dem ungarischen Geschehen mag man deshalb ablesen, wie groß in Wirklichkeit die Gefahr auch in Deutschland ist. Das ließe sich in der überzeugendsten Weise darlegen.

Warnende Beispiele

Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die deut-

sche Frage auch im Interesse des Weltfriedens nach einer Lösung drängt. Die Welt muß sich an diese Frage heranzemachen. Viel Unheil bliebe der Welt erspart, wenn schwierige Fragen nicht immer wieder hinausgeschoben würden. Fast acht Jahre ist es jetzt her, daß rund um Palästina unter Aufsicht der Vereinten Nationen Waffenstillstand geschlossen wurde. Er sollte die Basis für einen Friedensschluß geben, aber es ist bei dem immer mehr zerbröckelnden Waffenstillstand geblieben. In den letzten Jahren haben Politiker, die aus dem Nahen Osten zurückkehrten, immer wieder gewarnt vor der Zuspitzung der dortigen Verhältnisse, aber nichts Grundlegendes ist geschehen. Wenn jetzt die Polizeitruppe der UN Ruhe bringt, kann man nur wünschen, daß der Problemerkis Grenzregulierung — Suezkanal — Assuanstaudamm nicht wieder liegenbleibt,



BILDER DER WOCHE. Oben: Die Leiter des Hilfszuges des Deutschen Roten Kreuzes für Ungarn, die sich einige Zeit in sowjetischer Gefangenschaft befanden, wurden von der Bundesregierung empfangen. Die Sowjets hatten ihnen die Haare geschoren. — Unten: Völlige Gleichberechtigung forderte der polnische KP-Chef Gomulka bei seinen Besprechungen in Moskau. Hier (v. l. n. r.): Gomulka mit Chruschtschow, Bulganin und Woroschilow.

